

OESTERREICH UND DIE VORGESCHICHTE DES ZWEITEN WELTKRIEGES

Am 12. November 1918 beschlossen die Politiker der erst am 30. Oktober ernannten ersten österreichischen Staatsregierung, die nach dem Kaisermanifest vom 16. Oktober 1918 aufzustellen war, die Ausrufung Deutschösterreichs zur Republik und gleichzeitig den Anschluß dieses Staatsgebildes ohne Grenzen an das Deutsche Reich.¹ Staatskanzler Dr. Renner nannte dieses Gesetz ein *lex imperfecta*, um damit anzudeuten, daß die Vollziehung erst erfolgen müsse, denn noch war man sich weder über den Staatsumfang noch über die zukünftigen Kontakte mit der Außenwelt im klaren. Lediglich die Deutsche Botschaft in Wien, die Schweizer Gesandtschaft und die ehemaligen neutralen Staaten hatten Beziehungen zu der neuen österreichischen Regierung, deren erster Staatssekretär des Äußeren Dr. Otto Bauer nun versuchte, dieses Gesetz auch in die Wirklichkeit umzusetzen. Otto Bauers Vorstellung von einem Eintritt Österreichs in die Deutsche Republik traf bei den deutschen Staatsmännern nicht unbedingt auf freudige Zustimmung. Der erste österreichische Gesandte in Berlin, der sozialistische Historiker Dr. Ludo Moritz Hartmann, betonte schon Ende 1918, daß vor allem die Hochbürokratie des Deutschen Auswärtigen Amtes, also Konservativ aber auch die protestantischen Bevölkerungsteile aus verschiedensten Gründen gegen einen Österreich-Anschluß waren. Dennoch blieb die Komponente des unbedingten Anschlußwillens eine der wichtigsten der österreichischen Außenpolitik seit 1918 und vor allem der sozialdemokratischen Partei, die erst 1933 das Anschlußprogramm aus ihren Forderungen strich.²

Die Wirklichkeit war aber ganz anders. Während Verhandlungen mit Berlin liefen und im März 1919 sogar ein geheimer Anschlußvertrag mit Berlin abgeschlossen wurde, hatten die alliierten und assoziierten Siegermächte das Wort. Auf Grund des Waffenstillstandes vom 3. November 1918 war die Demarkationslinie so gezo-

¹ Vgl. Jedlicka, Ludwig: Ende und Anfang. Österreich 1918/19. Salzburg 1969, und Stadler, Karl R.: Hypothek auf die Zukunft. Die Entstehung der österr. Republik 1918—1921. Wien, Frankfurt, Zürich 1968.

² Zum Anschlußproblem siehe: Schäfer, Theo: Die Genesis der Anschlußbewegung und die Anschlußdiplomatie 1918—1919, Wien, phil. Diss. 1970.

gen worden, daß Südtirol bereits von den alliierten Armeen, in Wirklichkeit allein von den Italienern, besetzt werden konnte und Teile Kärntens ebenfalls in den italienischen Bereich fielen. Über italienischen Druck wurde diese politische und militärische Linie so gezogen, daß sie quer durch slowenisches Gebiet reichend eng an der dalmatinischen Küste verlief, um etwa bei Fiume das Meer zu erreichen. Somit sollten alle im Londoner Pakt von 1915 versprochenen ehemals österr.-ungarischen Gebiete in den vorläufigen Machtbereich Italiens fallen.³

Das Aufbrechen der Monarchie in Nationalstaaten, der Ausbruch der Kämpfe um Kärnten und vor allem der schon Ende 1918 merkbare Antagonismus zwischen Frankreich und Italien und besonders zwischen Italien und Jugoslawien bestimmte die weitere Handlungsweise der Alliierten und Assoziierten, von denen in der Österreich-Frage in Zukunft drei entscheidend die Außenpolitik der jungen Republik beeinflussen sollten: Italien, Frankreich — in dessen Gefolge dann die Kleine Entente, vornehmlich die Tschechoslowakei—, und zeitweise Großbritannien.

Die militärischen Vertreter der Siegermächte in Wien, sogenannte Militärmissionen, begannen schon im Frühling 1919 einen erbitterten Kampf um den Einfluß im Donaubecken, wobei man nicht allein die Position in Österreich, sondern auch in Ungarn und Italien noch zusätzlich an der österreichischen Südgrenze für sich gewinnen und sichern wollte.⁴ Namentlich Frankreich, das unter dem Gesandten Allizé eine hervorragende Mission in Wien besaß, bekämpfte mit allen Mitteln Otto Bauer und das Anschlußstreben der Sozialdemokraten und versuchte vor allem, weite Kreise des Bürgertums, aber auch der ehemaligen Aristokratie für den Gedanken eines unabhängigen Österreichs zu gewinnen, das unter Umständen in eine Art Donaukonföderation unter französischem Protektorat umgebaut werden konnte. Italien sah dieses Treiben höchst ungern, beschränkte sich aber auf die Erreichung der realen Ziele: Zurückdrängung der jugoslawischen Ansprüche auf Südkärnten, Verbesserung der Entwürfe für den späteren Frieden von St. Germain zugunsten Österreichs, und zwar durch Zuteilung von Deutschwestungarn, dem späteren Burgenland, und Ausbau der italienischen Wirtschaftsp positionen im Donaauraum, schon damals mit den beiden Stützpunkten Budapest und Wien. Die britische Politik bekämpfte den Anschluß zwar nur mäßig, war aber hauptsächlich besorgt, daß anläßlich der Ausrufung der Räteregierung in Ungarn der Kommunismus in Österreich siegen könnte. Daher stützte sich die britische Militärmission stark auf konservative Kreise in Österreich und auf die Tätig-

³ Wagner, Bruno: Der Waffenstillstand von Villa Giusti, 3. November 1918. Wien, phil. Diss. 1970.

⁴ Freise, Ursula: Die Tätigkeit der Alliierten Kommissionen in Wien nach dem Ersten Weltkrieg. Wien, phil. Diss. 1965.

keit des Obersten Cunningham als Leiter dieser Mission gehen die ersten Ansätze zur Aufstellung von Freiwilligenverbänden, den sogenannten Heimwehren, zurück.⁵

Staatskanzler Dr. Renner erkannte während der Verhandlungen in Paris, daß der Kurs Otto Bauers gescheitert war, ja daß der Anspruch des neuen Staates auf alle deutschbesiedelten Gebiete der österreichischen Reichshälfte eine Illusion war und versuchte eine Kursänderung. Inzwischen hatte die Deutsche Botschaft in Wien und in den Alpenländern eine heftige Propaganda für den Anschluß entfaltet und trotz des Anschlußverbotes in den Verträgen von St. Germain und Versailles blieb immer die deutsche Politik gegenüber Österreich gleich: Vorbereitung eines möglichen Anschlusses durch administrative, außenpolitische, wirtschaftliche und wenn möglich auch geheime militärische Kooperation, um das französische oder italienische Vordringen in den Donaauraum zu verhindern.⁶ Die französische Position blieb ebenfalls nach St. Germain gleich, die Erhaltung Österreichs als Pufferstaat und Ausgangsbasis für eine mögliche Kooperation mit den Nachfolgestaaten aber im Gegensatz zur italienischen Donaumaumpolitik. Daher unterstützte Frankreich vehement Jugoslawien, das nach dem ungünstigen Ausgehen der Volksabstimmung in Kärnten der österreichischen Außenpolitik höchst feindlich gegenüberstand.⁷ Jugoslawien hegte vor allem den Verdacht, daß Österreich eines Tages aus wirtschaftlichen oder militärischen Gründen gezwungen sein könnte, eine Allianz mit Italien einzugehen. Für diesen Fall bot sich das Klagenfurter Becken als die ideale Aufmarschbasis an die so empfindliche Nordflanke des jugoslawischen Nationalitätenstaates an, ganz abgesehen davon, daß sowohl Italien als auch Österreich im Verlaufe der weiteren Ereignisse vor allem kroatischen Emigranten die Möglichkeit gaben, auf österreichischem Boden teilweise mit ungarischer Unterstützung, eine subversive Tätigkeit gegen Jugoslawien zu entfalten. Die ungarische Politik gegenüber Österreich war nach dem Abschluß des Friedens von Trianon bestrebt, die bereits in St. Germain besprochene Übertragung von Deutschwestungarn mit allen Mitteln zu verhindern und fand dabei zeitweise auch eine französische Unterstützung, allerdings nur bis Trianon, weil Frankreich von ungarischer Seite große wirtschaftliche Versprechungen gegeben worden waren und die konservativen Kräfte in Frankreich die eventuelle Rückkehr der Habsburger nach Ungarn zeitweise förderten. Als nach dem Vertrag von Venedig Italien, das sich mehr und mehr als die Vormacht der Alliierten im Donaauraum fühlte, die Burgenlandfrage

⁵ Vgl. dazu: Hoffmann, Robert: Die Mission Sir Thomas Cunninghames in Wien 1919, Britische Österreichpolitik zur Zeit der Pariser Friedenskonferenz. Salzburg, phil. Diss. 1971.

⁶ siehe Schäfer, a.a.O.

⁷ zur Frankreichpolitik vgl. Rögelsperger, Helga: Die Politik Frankreichs gegenüber Österreich von 1918—1922. Wien, phil. Diss. 1973.

beendete,⁸ verblieb in ungarischen Regierungskreisen die Erbitterung über die Abtretung im Westen an Österreich und keine ungarische Regierung hat je versucht, ihre wirklichen Absichten für den Fall des Zerfalls Österreichs an diesem Grenzabschnitt zu verbergen: noch nach dem Anschluß 1938 verlangte die ungarische Regierung durch Mittelsmänner von Hitler für das Wohlverhalten anlässlich des Anschlusses die Abtretung des Burgenlandes.⁹ Die Tschechoslowakei als der militärisch und wirtschaftlich potenteste Nachfolgestaat sah zwar in Wien und Österreich das verhaßte Erbe der Habsburger, versuchte aber das französische Streben nach einer Wiedereinsetzung dieses Herrschergeschlechtes durch die Gründung der Kleinen Entente zu konterkarieren.¹⁰ Als Frankreich nach 1921 seine Ungarnpolitik änderte, war es das Bestreben von Beneš, Österreich in der Burgenlandfrage zu helfen und vor allem wirtschaftlich nicht zugrunde gehen zu lassen, weswegen Österreichs Rettung durch die sogenannten Genfer Protokolle ohne die französische und tschechoslowakische Mithilfe nicht möglich gewesen wäre. Natürlich sah die Tschechoslowakei im ungarischen Revisionismus eine ungeheure Gefahr, namentlich wenn sich dieser, was ja dann auch geschah, mit deutschen oder italienischen Bestrebungen liierte.

Die Schweiz hat die Bildung der österreichischen Republik mit großer Sorge verfolgt. Ihre Außenpolitik bis 1933 gegenüber Österreich, wie ja der offizielle Name seit dem Vertrag von St. Germain hieß, war bestrebt, den wirtschaftlichen Zusammenbruch dieses Nachbarlandes zu verhindern und den österreichischen Politikern Mäßigung zu raten. Am liebsten scheint den Schweizern eine Art Neutralisierung Österreichs gewesen zu sein. Hinweise finden sich mehrmals, jedoch scheiterten derartige Vorhaben immer an dem zwar nicht ausgesprochenen, aber immer vorhandenen Anschlußtendenzen auch der bürgerlichen Parteien in Österreich seit 1920.

Im Jahre 1927 hatte sich allerdings das europäische Mächtefeld, vor allem im Donaauraum, entscheidend verändert. Seit Locarno war die deutsche Revisionspolitik in der Behandlung der Minderheitenfragen immer dringender geworden. Stresemanns Parole »Frankreich von Schützengraben zu Schützengraben zu drängen« wirkte sich in Bezug auf Österreich dahingehend aus, daß geheim¹¹ und offiziell alle Anschlußbestrebungen unterstützt wurden und gleichzeitig die

⁸ Vgl. Hochenbichler, Eduard: Republik im Schatten der Monarchie. Das Burgenland, ein europäisches Problem. Wien, Frankfurt, Zürich 1971.

⁹ Akten zur deutschen Auswärtigen Politik, Ser. D, Bd. I, S. 215 ff. Vgl. auch Adam, Magda, Gyula Juhasz, Lajos Kerekes: Allianz Hitler-Horthy-Mussolini. Dokumente zur ungarischen Außenpolitik (1933—1944). S. 25.

¹⁰ Zur Politik der Kleinen Entente vgl. Günter Reichert: Das Scheitern der Kleinen Entente. Internationale Beziehungen im Donaauraum von 1933 bis 1938. München 1971.

¹¹ Siehe dazu: Karl Stuhlpfarrer, Leopold Steurer: Die Ossa in Österreich. In: Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentationen 1927 bis 1938. Wien 1975. S. 35 ff.

Südtirolfrage von bayerischen, österreichischen und Politikern der Reichsregierung im Jahre 1925 aufgeworfen wurde. Dies führte zu einer derartigen Spannung zwischen Österreich und Italien, aber auch Deutschland und Italien, daß Mussolini in seiner berühmten Drohrede vom 6. Feber 1926 erklärte, daß Italien unter Umständen die faschistische Tricolore auch jenseits des Brenners tragen werde. Einsichtige österreichische und deutsche Politiker hatten schon ein Jahr vorher diese Entwicklung mit großer Sorge verfolgt. Aus einer Unterredung zwischen dem Reichskanzler Dr. Luther und dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Ramek vom 9. März 1926 geht hervor, daß man sogar für den Fall eines Anschlusses mit einer Aufteilung Österreichs rechnete¹² und die besorgte Schweiz empfahl im Feber 1926 den Österreichern, sich in der Südtirolfrage direkt mit Mussolini zu arrangieren.¹³ Dieser verfolgte die Entwicklung der österreichischen Innenpolitik sehr genau und fand das neue Parteiprogramm der österreichischen Sozialdemokraten, das sogenannte Linzer Programm des Jahres 1926, als »schlau konzipiert und deshalb nicht ungefährlich«,¹⁴ wie er überhaupt die österreichische Sozialdemokratie und auch ihren Militärverband, den Republikanischen Schutzbund, genauestens überwachen ließ und namentlich Wien öfter in Unterredungen mit österreichischen Gesandten als Eckpfeiler der Sozialdemokratie und des Kommunismus sowie der kommunistischen Infiltrationspropaganda bezeichnete und fürchtete. Aber gerade zur Jahreswende 1926/27 vollzog sich eine entscheidende Wandlung im Donaauraum. Der ungarische Ministerpräsident Istvan Bethlen näherte sich Mussolini, um eine Revision des Vertrages von Trianon durch geschickte Ausnützung von Mussolinis aggressiver Außenpolitik gegenüber der Kleinen Entente zu erreichen. Österreich sollte in eine Dreierkombination zwischen Rom, Wien und Budapest einbezogen werden. Die Grundvoraussetzung dazu erschien dem ungarischen Politiker die Entfernung Österreichs aus jedem nur möglichen Kräftespiel mit der Kleinen Entente zu sein, wozu die vehemente Unterstützung der Rechtsparteien und Gruppen in Österreich durch Ungarn und Italien als Voraussetzung angenommen wurde. In einem italienisch-ungarischen Freundschaft- und Schiedsgerichtsabkommen vom 5. April 1927 wurden in Form eines politischen Geschäftes auch die Ziele für den Fall eines Eingreifens in Österreich festgelegt: Garantie der Brennergrenze für Italien und das Burgenland an Ungarn.¹⁵ Als dazu noch zum Jahresbeginn von jugoslawischer Seite, und zwar durch den ehemaligen Landespräsi-

¹² Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918—1945. Ser. B, Bd. III S. 162.

¹³ Österreichisches Staatsarchiv. Neues Politisches Archiv. Bericht der österr. Gesandtschaft Bern 25. 2. 1926.

¹⁴ Ebd. Bericht der österr. Gesandtschaft in Rom v. 7. 10. 1926 und 27. 1. 1927.

¹⁵ Schmidt-Wulffen, Wulf-Dieter: Deutschland-Ungarn 1918—1933. Wien, phil. Diss. 1969. S. 412, 416 und 462 ff.

denten von Krain Dr. Janko Brejc ein aufsehenerregender Artikel in einer katholischen Zeitschrift in Laibach erschien, in der eine Aufteilung Österreichs vorgeschlagen wurde, wobei Jugoslawien und Italien die südlichen Gebiete, Deutschland einen Teil der westlichen und aus dem Rest ein Pufferstaat »Wien« zu schaffen wäre,¹⁶ stieg die Unsicherheit in Mitteleuropa, da es schon in früheren Epochen, vor allem anlässlich des österreichischen Wirtschaftszusammenbruchs 1921/22, ähnliche Aufteilungspläne der Großmächte gegeben hatte.¹⁷

Dazu kommen noch die blutigen Ereignisse des 15. Juli 1927, welche besonders die italienische Außenpolitik gegenüber Österreich aktivierten. Italien hielt es für seine »Pflicht und sein Recht«, mit großer Aufmerksamkeit den österreichischen Ereignissen zu folgen berichtete der Gesandte in Rom und meinte, daß Italien Österreich eine zweifache Funktion zugewiesen habe, »die eines Pufferstaates im Verhältnis zu Deutschland und eines Keiles zwischen Nord- und Südslawen.«¹⁸ Für den Fall eines Zusammenbruchs in Österreich prophezeit der österreichische Diplomat, daß Italien danach trachten könnte, in Österreich einzugreifen. Während der Unruhen in Wien hatte bereits der italienische Generalkonsul in Innsbruck mit dem Einmarsch gedroht für den Fall, daß die Bundesregierung der Lage nicht Herr werden könnte. Nunmehr trat Italien gemeinsam mit Ungarn immer mehr und mehr stärker für eine Unterstützung der Heimwehren in Österreich ein. »Der Kampf gegen das rote Wien«, wie sich Mussolini einmal ausdrückte, wurde zum Bindeglied zwischen dem italienischen Diktator und den österreichischen Rechtsbewegungen. Am 2. April 1928 wurde in Mailand ein gemeinsames Aktionsprogramm zwischen Mussolini und Bethlen aufgestellt: Unterstützung der Heimwehren in Österreich zwecks Installierung einer radikalen Rechtsregierung. Der ungarische Staatsmann wies darauf hin, daß eine österr. Rechtsregierung, die mit italienischer und ungarischer Hilfe zur Macht käme, auch für Italien von Vorteil wäre, weil damit die Südtirol-Angelegenheit erledigt sei und ein solches Rechtsregime die Anerkennung der Brennergrenze ausprechen könnte.¹⁹ Tatsächlich hat eine diesbezügliche Erklärung von Seiten des Heimwehrführers Dr. Steidles über ein Desinteressement einer zukünftigen Rechtsregierung an der Südtirolfrage im Juli 1928 stattgefunden, wobei der interessante Passus verwendet

¹⁶ Vgl. dazu: Österreichische Wehrzeitung v. 6. 5. 1927. Jg. 8, Folge 18.

¹⁷ Jedlicka, Ludwig: Aufteilungs- und Einmarschpläne um Österreich 1918—1934. In: Beiträge zur Historischen Sozialkunde. Jg. 2, Nr. 2 und Nr. 3, Wien 1972.

¹⁸ Österr. Staatsarchiv. Neues Politisches Archiv. Bericht d. österr. Gesandtschaft in Rom v. 18. 7. 1927.

¹⁹ Kerekes, Lajos: Akten zu den geheimen Verbindungen zwischen der Bethlen-Regierung und der österreichischen Heimwehrbewegung. In: Documents. Acta Historica Hungarica XI, Budapest 1965.

wurde, dass »diese Frage ab dann nur mehr eine rein innenpolitisch-italienische« wäre.²⁰

Bei einem großen Aufmarsch der Heimwehren vom 7. Oktober 1928 in Wiener Neustadt sollte nach dem Muster des Marsches auf Rom die Gelegenheit zu einem Umsturz benützt werden. Die beträchtlichen Summen an Lire, welche in die Kassen der Heimwehr flossen, wurden umsonst verwendet. Die Aufmerksamkeit der österreichischen Politiker und namentlich der Außenpolitik richtet sich immer mehr und mehr auf Italien, das auch in geschickter Form wirtschaftspolitisch den Donaauraum zu durchdringen vermochte, allerdings dabei auf heftigen Widerstand des deutschen Kapitals stieß. In einem Memorandum des deutschen Gesandten Grafen Lerchenfeld²¹ wurden als Hauptziele Kreditwesen und Handel zur wirtschaftlichen Vorbereitung des Anschlusses bezeichnet und 1928 konnte von deutscher Seite bereits festgestellt werden, daß die österreichische Schwerindustrie, die Elektroindustrie und die Papierindustrie bereits angeschlossen sind.²² Daher klammerte sich Italien besonders an die Teilnahme an Unternehmungen, die mit der Elektrizitätswirtschaft zusammenhingen. Hier bot sich in der Steiermark durch die Vermittlung des proitalienischen Landeshauptmannes Dr. Rintelen ein Ansatzpunkt.²³ Besonders intensiv aber pflegte Bundeskanzler Dr. Schober, der Seipel im Jahre 1929 abgelöst hatte²⁴ und dem in Italien der Ruf eines »starken Mannes« vorausging, die Verfestigung der Beziehungen zu Rom. Er vermochte geschickt die sozialdemokratische Opposition, deren Wortführer Dr. Ellenbogen in Wien im Parlament immer gegen Mussolini vorging, einzuschläfern und zu beruhigen²⁵ und beim Besuch in Rom vom 4. bis 7. Feber 1930 konnte er einen Freundschafts- und Schiedsgerichtsvertrag mit Italien unterzeichnen, der wahrscheinlich durch ein militärisches Geheimabkommen über einen Durchmarsch italienischer Truppen durch Kärnten ergänzt wurde.²⁶ Die italienische Regierung gab dafür schon am 20. Jänner ihre Zustimmung zur Aufhebung der Generalpfandrechte (Reparationsverpflichtungen). Dies war ein ungeheurer Fortschritt, da bisher die österreichische Wirtschaft keinerlei internationale Privatanleihen wegen der Pfandrechte erhalten konnte. Bei den römischen Besprechungen hat Mussolini auch Zusagen bezüglich einer mildereren Behandlung der Südtiroler gemacht, andererseits aber auch der österreichischen Re-

²⁰ Ebd.

²¹ Bundesarchiv Koblenz. R 43, I 109. Reichskanzlei A 425.

²² G. Höpner: Österreichs Weg zum Anschluß, Berlin 1928. S. 106.

²³ National Archives, Washington. Microfilm T 77, R 900. fr. 652.770.

²⁴ Zu Schobers Innenpolitik neuerdings: Hubert, Rainer: Johannes Schober und seine Bedeutung für die österreichische Politik in den Jahren 1929 und 1930. Wien, phil. Diss. 1974.

²⁵ Österr. Staatsarchiv. Neues Politisches Archiv. Hauptausschußprotokoll v. 29. 12. 1929.

²⁶ Goldinger, Walter: Geschichte der Republik Österreich. Wien 1962. S. 183.

gierung konkrete Versprechungen gegeben, die österreichische Aufrüstung zu unterstützen.²⁷ Mussolini und Bethlen versuchten schon im April Schober zum gemeinsamen Handeln mit der Heimwehr zu bewegen und wiesen darauf hin, »die Heimwehr nicht zu entwaffnen, bevor er alles erreicht habe, vor allem bevor Wien nicht ausgeräuchert sei, sonst wäre es mit seiner Macht sofort zu Ende«.

Der Versuch der Regierung Ender im März 1931, durch eine Zollunion mit Deutschland innenpolitisch der Radikalisierung von rechts in beiden Staaten angesichts des Aufstieges der NSDAP entgegenzutreten — wobei die Zollunion und die wirtschaftlichen Begleitmaßnahmen nur ein Deckmantel für die politischen Absichten waren —, stürzte Österreich in eine schwere außenpolitische Krise. Die Mächte, an der Spitze Italien, traten mit äußerster Schärfe auf und der italienische Diplomat Guariglia erklärte dem österreichischen Gesandten in Rom, »man wolle mit den Staaten deutscher Nationalitäten und Ungarn die Schaffung eines ökonomisch ausgeglichenen Mitteleuropas anstreben und sehe in einer engen Verbindung zwischen Österreich und Ungarn einen Anfang«. Deutschland, so hieß es warnend weiter, könnte dieser Gruppe leicht beitreten, »aber in einer anderen, weniger aufregenden Weise als der derzeitige deutsch-österreichische Plan.«²⁸ Die italienische Warnung wurde noch begleitet durch britische und französische Maßnahmen, wobei man von italienischer Seite vor allem fürchtete, daß Frankreich, das mit dem sogenannten Tardieu-Plan voraussichtlich eine Rekonstruktion des Donauraums anpeilte, die mühsam errungene Position Italiens erschüttern könnte. Daher setzte man nach wie vor auf die Heimwehren und versuchte im Rahmen der Möglichkeiten auch wirtschaftliche Abmachungen mit Österreich zu treffen. Der Bankenzusammenbruch des Jahres 1931 und der Aufstieg des Nationalsozialismus in Österreich ließen neben einer wachsenden Zahl an Arbeitslosen, die längst bis zu 300.000 angestiegen war, das Schlimmste befürchten. Zum ersten Mal gewannen die Nationalsozialisten am 24. April 1932 in Wien und einigen Bundesländern beträchtlich viele Mandate, sodaß angesichts der Unterstützung dieser Bewegung aus Deutschland mit einem weiteren Anwachsen des Rechtsradikalismus zu rechnen war. Dazu kam noch, daß die österreichische Sozialdemokratie ein Angebot des christlichsozialen Politikers Dr. Ignaz Seipel, eine große Koalition zu bilden, abgelehnt hatte und die Rechtsregierungen, meist bestehend aus den Christlichsozialen, den Angehörigen der Heimwehr (Heimatblock) und dem Landbund nur eine verschwindende Mehrheit hatten. Somit war die Regierungsbasis immer äußerst schmal und als Dr. Engelbert Dollfuß, der aus

²⁷ Österr. Staatsarchiv. Neues Politisches Archiv. Bericht d. österr. Gesandtschaft in Rom v. 25. 1. 1930. 469.

²⁸ Ebd. Bericht der österr. Gesandtschaft in Rom v. 19. 4. 1931. und v. 27. 5. 1931.

dem agrarischen Sektor der Christlichsozialen Partei kam am 20. Mai 1932 die Bildung einer Regierung übernahm, besaß er nur eine Stimme Mehrheit im Parlament. Die Außenpolitik von Dollfuß und er selbst hatten den Weg vom republikanischen Anschlußfreund zum Verteidiger der österreichischen Unabhängigkeit zu »bewältigen«- und gleicht einer Kette von ununterbrochenen Improvisationen.²⁹ Sein Hauptziel war es, schon 1932 angesichts des drohenden Nationalsozialismus, dessen unbedingter Anschlußwille Dollfuß klar war, die österreichische Unabhängigkeit so weit als nur möglich zu bewahren und Zeit zu gewinnen. Dazu mußte Dollfuß zunächst einmal durch den Kampf um die sogenannte «Lausanner Anleihe» eine wirtschaftliche Basis gewinnen. Wie kritisch die Situation war, geht aus einer Meldung des österreichischen Gesandten in Bern hervor, der aus einer Äußerung des italienischen Außenministers Dino Grandi gegenüber dem schweizer Bundespräsidenten entnahm, »Italien sei entschlossen, im Falle eines Zusammenbruchs in Österreich und des Eintretens chaotischer Zustände dortselbst oder sogar eines Anschlußversuches sofort seine Interessen durch die Besetzung der westlichen Alpenländer zu sichern.«³⁰ Diese Drohung war nichts Ungewöhnliches, befremdend nur die Deutlichkeit und Brutalität, mit der sie ausgesprochen wurde. Somit schob sich noch vor der Machtübernahme Hitlers Italien machtvoll in den Donaauraum ein und verstärkte seine Bemühungen, sowohl Ungarn als auch Österreich an die römische Politik zu fesseln, so daß Dollfuß eine recht geringe Möglichkeit der außenpolitischen Freiheit für Österreich besaß. Der ungarische Ministerpräsident Gömbös, Mussolinis bester Vertrauensmann auch in der Frage Österreich, hielt sich am 7. November 1932 in Wien auf. Bei dieser Gelegenheit versicherte ihm der österreichische Bundeskanzler Dr. Dollfuß, daß er bereit wäre, sich einer italienisch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftskombination anzuschließen, allerdings unter der Bedingung, daß auch die faschistische Politik in Südtirol einer Revision unterzogen werde.³¹ Italien war umso mehr alarmiert, als während der Wochen vor Hitlers Machtübernahme im Januar 1933 die sogenannte »Hirtenberger Waffenaffäre« die europäische Öffentlichkeit beschäftigte. Es handelte sich um einen geheimen Waffentransport aus ehemals österreichischen Beständen der italienischen Kriegsbeute. Die Waffen waren für die Aufrüstung Ungarns, aber auch der österreichischen

²⁹ Vgl. dazu: Jagschitz, Gerhard: Bundeskanzler Engelbert Dollfuß. In: Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentationen 1927 bis 1938. 233 ff. und Wolfgang Rosar: Arthur Seyss-Inquart in der österr. Anschlußbewegung, Wien, Frankfurt, Zürich 1971.

³⁰ Österr. Staatsarchiv. Neues Politisches Archiv. Bericht d. österr. Gesandtschaft in der Schweiz v. 2. 11. 1932.

³¹ Morreale, Eugenio: Mussolini gegen Hitler. Maschinschr. Manus. Archiv d. Inst. f. Zeitgeschichte, Wien. Siehe auch: Petersen, Jens: Hitler-Mussolini. Die Entstehung der Achse Berlin-Rom 1933—1936. Tübingen 1973.

Heimwehr bestimmt und sollten in Hirtenberg repariert werden. Die österreichische Sozialdemokratische Partei ließ diesen Transport aufdecken, Mussolini fühlte sich persönlich brüskiert und blamiert, umso mehr als Frankreich und England, aber auch die Tschechoslowakei gereizt reagierten. Mussolinis Aversion gegen die österreichischen Sozialdemokraten — die ja zum Teil seine ehemaligen Genossen waren — überstieg bereits alle Grenzen und in seiner persönlichen Einstellung ist sicherlich Italiens späteres Eingreifen in Österreich im Februar 1934 begründet. Hitler versuchte mit Hilfe seiner österreichischen NSDAP, die in Wirklichkeit längst eine ferngelenkte Partei unter der Führung von Theo Habicht geworden war, Österreich zu überrennen. In einer Sitzung des Reichskabinetts vom 26. Mai 1933 legt er dar, daß man die Lage in Österreich durch einen eindeutigen Akt der Gewalt bereinigen müsse, »weil die Gefahr zu groß ist, daß Deutschland endgültig 6 Millionen Menschen verliert«, die einem Verschweizerungsprozeß entgegengehen. Als Waffe stellte sich Hitler die Einführung einer 1.000-Mark-Ausreisesperre vor und glaubte, Neuwahlen erzwingen zu können, welche die innere Gleichschaltung Österreichs ergeben würden. Nachdem die Haltung Italiens zur Anschlußfrage verständlich wäre, müßte man die Genehmigung zu diesem Akt »mit Vorteilen auf anderen Gebieten« erreichen.³² Ob hier schon der Ansatz zu den späteren Umsiedlungsplänen der Südtiroler zu sehen ist, kann nur vermutet werden, jedenfalls hat es derartige Pläne schon 1929 im Auswärtigen Amt gegeben. Dollfuß verstand mit Hilfe von Mussolini im Mai 1933 nicht nur den patriotischen Flügel der Heimwehr für sich zu gewinnen, sondern übernahm auch nach der sogenannten Selbstausschaltung des österreichischen Parlaments am 4. März 1933 den Zweifrontenkampf gegen dem immer stürmischer drängenden Nationalsozialismus und die Sozialdemokratie, die zunächst noch Gewehr bei Fuß stand, auf.³³ Am 13. April 1933 erhielt der Kanzler in Rom zum ersten Mal die Zusage einer militärischen Hilfe gegen Deutschland und als am 19. Juni 1933 die österreichische NSDAP verboten wurde, entbrannte der Kampf bis zum letzten sowohl im Inneren als auch an den Grenzen. Bei den berühmten Gesprächen am 20. August 1933 in Riccione wurden wichtige Absprachen auch wirtschaftspolitischer und innenpolitischer Natur getroffen, vor allem Dollfuß darauf hingewiesen, möglichst bald die Umgestaltung Österreichs im Inneren mit Hilfe einer Einheitspartei der inzwischen gegründeten Vaterländischen Front durchzuführen — das war ein Wink zur baldigen Auflösung der österreichischen Arbeiterbewegung, da ja eine kleine kommunistische Gruppe schon verboten

³² Bundesarchiv Koblenz. Bestand R 43 II — 1475.

³³ Vgl. dazu neuerdings: Staudinger, Anton: Christlichsoziale Partei und Errichtung des »Autoritären Ständestaates« in Österreich. In: »Vom Justizpalast zum Heldenplatz. a.a.O. 65 ff. Zur sozialdemokratischen Politik 1933: Haas, Karl: Der »12. Februar 1934« als historiographisches Problem. Ebda. 156 ff.

war. Immerhin darf man nicht vergessen, daß 40% der österreichischen Wählerschaft aus der Sozialdemokratie resultierte und der im Untergrund wirkende Nationalsozialismus auf vehementeste Unterstützung auch von Deutschland rechnen konnte.³⁴ Dazu besaß Hitler seit dem Hochsommer 1933 ein öffentliches militärisches Druckmittel, die Österreichische Legion in der Stärke von ca. 10.000 Mann, die aus österreichischen Flüchtlingen gebildet worden war. Die Formationen waren ausgezeichnet bewaffnet und standen so in Grenznähe, daß sie jederzeit einfallen konnten. Obgleich es sich um SA-Formationen handelte, wurde die Legion nach dem 30. Juni 1934 nicht aufgelöst und blieb bis in das Jahr 1938 eine sehr wichtige Karte im deutschen Spiel. Mussolini hatte kategorisch militärische Maßnahmen gegen Deutschland für den Fall eines Einfalles versprochen.³⁵

Der Sommer des Jahres 1933 war erfüllt von verzweifelten Versuchen sowohl der italienischen Politiker, Deutschland zur Ruhe zu mahnen, als auch der österreichischen, eventuell noch in Direktverhandlungen mit Hitler einen offenen Konflikt zu verhindern, was jedoch nicht gelang, weil Hitler intransigent auf seinen Forderungen des Rücktritts der Regierung Dollfuß bestand.³⁶ Der Druck des italienischen Verbündeten und Ungarns, die Sozialdemokratische Partei in Österreich aufzulösen, stieg an. Mussolinis Staatssekretär Suvich besuchte als erstes italienisches Regierungsmitglied am 15. Dezember 1933 Hitler, ohne in der Österreichfrage Erfolg zu haben. Der italienische Botschafter Cerruti meldete zur gleichen Zeit, daß von deutscher Seite mehrmals bemerkt worden war, »daß eine gewaltsame Lösung der Frage durch die österreichischen Nationalsozialisten denkbar sei, sie wäre einmal für Oktober in Aussicht genommen worden und man halte jetzt schon im Februar oder März eine solche Auseinandersetzung für möglich.« Hier zeichneten sich die Umrisse des Putschplanes vom 25. Juli 1934 zumindest in gedanklichen Überlegungen ab. Wie wir aus den neuesten Forschungen wissen, reichen die Putschpläne der österreichischen Nationalsozialisten voraussichtlich bis in den Herbst 1933 zurück, wurden jedoch nach vielfacher Änderung erst im Juli 1934 verwirklicht.³⁷ Die politisch härtere Gangart der Regierung Dollfuß gegen die Sozialdemokraten, die noch Ende 1933 ihren letzten Parteitag abhielten, ging unmittelbar auf das Drängen Mussolinis zurück, der

³⁴ Bokisch, Otto, Gustav Zirbs: Der österreichische Legionär. Aus Erinnerungen und Archiv, aus Tagebüchern und Blättern. Wien 1940.

³⁵ Österr. Staatsarchiv. Neues Politisches Archiv. 25.131—1. 3./33.

³⁶ Neuer Aktenfund zu den Beziehungen zwischen Hitler und Dollfuß im Jahre 1933. Documents. Acta Historica Academiae Scientiarum Hungaricae 18, 1972, 149.

³⁷ Siehe dazu den Band 3 der Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Kommission d. Theodor Körner-Stiftungsfonds u. d. Leopold Kunschak-Preises zur Erforschung d. österr. Geschichte d. Jahre 1927—1938 über das Symposium zum Juli 1934 (im Druck).

für alle Fälle seine Vorbereitungen traf. Am 30. Dezember 1933 findet man zum ersten Mal in den Kommandoakten der italienischen Division »Brescia« Weisungen des Kriegsministeriums über Teilmobilisierungen in Norditalien an der österreichischen Grenze und diese Vorbereitungen steigerten sich bis zum 12. Feber 1934, wobei übrigens ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, »die Okkupation von österreichischen Zentralpunkten durch italienische Truppen habe den Zweck, die österreichischen Truppen zu entlasten, um sie in die Lage zu versetzen, gegen eventuelle Aufständische verfügbar zu sein.«³⁸

Somit war die österreichische Außenpolitik im Spannungsfeld zweier rivalisierender Großmächte mit totalitärer Ideologie. Die Staaten der Kleinen Entente beobachteten zwar mit Mißtrauen die Rüstungen Italiens und Ungarns, waren aber nicht bereit, für Österreich einzugreifen, sondern versuchten sich so weit wie nur möglich abzusetzen, wobei Jugoslawien schon seit 1933 eigene Wege ging. Jugoslawiens Annäherung an Deutschland bestand in der freundlichen Aufnahme bei geflüchteter österreichischen Nationalsozialisten und Unterstützung bei der subversiven Tätigkeit durch jugoslawische Behörden. Die Schweiz verfolgte mit Besorgnis das italienische Übergewicht in Österreich, war aber keinesfalls bereit, auf Grund ihrer neutralen Politik helfend einzugreifen, umso mehr als die wirtschaftlichen Schwierigkeiten auch vor der Schweizer Grenze nicht halt machten. Eine direkte Unterstützung der Regierung Dollfuß durch Frankreich oder Großbritannien erfolgte überhaupt nicht, man versuchte angesichts des Phänomens der Regierung Hitler sozusagen Italien die Generalvollmacht zum Schutze Österreichs zu übertragen.

Somit war die historische Weichenstellung für die weitere Entwicklung des Jahres 1934 bereits gegeben. Das Jahr des Bürgerkrieges und der endgültigen Auslöschung der österreichischen Demokratie fand theoretisch schon ein Jahr zuvor statt durch Waffen Vorbereitungen und politische Absprachen.

Anläßlich des Besuches des italienischen Staatssekretärs Suvich in Wien am 18. Jänner 1934 sind bestimmte Formulierungen dem österreichischen Bundeskanzler vorgelegt worden, nämlich »die Kampfstellung gegen den Marxismus zu verstärken und die Beseitigung der Parteien durchzuführen und das in Angriff genommene Werk fortzuführen«, also jene Pressionen, die letzten Endes die Hauptursache des 12. Februar gewesen sind.³⁹ In geheimen Instruktionen, die nun das italienische Kriegsministerium an seine Dienststellen herausgab, wird immer mehr jener Plan bemerkbar, der dann in den italienischen Akten unter dem Titel »Plan K« oder

³⁸ National Archives Washington, Microfilm T 821/368/390, Bericht der Division Brescia.

³⁹ NPA, Bericht d. österr. Gesandtschaft in Rom v. 2. Februar 1934.

»Plan 1934« in wenigen Jahren zu einem Riesenkonvolut anwächst und dessen nachrichtendienstlichen Maßnahmen erst im April 1939 endgültig eingestellt werden.⁴⁰

In einem dieser militärischen Berichtsblätter an die Kommandanten an der Grenze heißt es in italienischer Sicht rückblickend auf die Ereignisse des 12. Februar: »Um einer bewaffneten Revolte zuvorzukommen, die von seiten der Sozialdemokratischen Partei gedroht hätte, begann die österreichische Regierung mit einer Reihe von Durchsuchungen in den Parteilokalen, um Waffen zu beschlagnahmen, die in Händen des aufgelösten Schutzbundes sich noch befanden. Am Morgen des 12. Februar brach in der Folge einer dieser Durchsuchungen in Linz ein Konflikt zwischen den Sozialisten und Ordnungstreitkräften aus.« Das Kriegsministerium beeilte sich, in täglichen Informationen die unterstellten Einheiten zu unterrichten und am 1. März wird der »Plan 34« mit dem Satz nochmals präzisiert: »Beim gegenwärtigen Stand der Befehle hat die Okkupation von österreichischen Zentralpunkten durch unsere Truppen den Zweck, die österreichischen Truppen zu entlasten, um sie in die Lage zu versetzen, gegen eventuelle Aufständische verfügbar zu sein.«⁴¹ Bei den Besprechungen zwischen Mussolini und Hitler in der Villa Pisani bei Stra ist Mussolini jedweder Überrennung Österreichs entgegengetreten, wenn auch Hitler etwas anderes heraus hören wollte, wie wir dem Rosenberg-Tagebuch entnehmen können.⁴²

Im Frühjahr 1934 wurde ein Offizier, nämlich der österreichische Militärattaché in Rom, Oberst Dr. Emil Liebitzky, ein immer wichtigerer Vermittler zwischen dem Duce und Dollfuß. Liebitzky berichtete am 17. März 1934 aufgeregt, daß von verlässlicher Quelle zu erfahren sei, daß zwischen Deutschland und Jugoslawien Verhandlungen stattfänden, die die Regelung des Grenzraumes im Fall eines Anschlusses Österreichs an Deutschland betreffen. Nach dieser Mitteilung sollte Jugoslawien für seine günstige Einstellung nicht nur des Kärntner Abstimmungsgebiet, sondern vielleicht auch Fiume zugesichert erhalten, Deutschland würde einen Korridor nach Triest bekommen.⁴³ Es ist auch nicht zufällig, daß wegen möglicher Kombinationen um Dollfuß wegen seiner außen- und innenpolitischen Haltung ein einziges Mal von italienischer Seite jener Mann ins Spiel gebracht wird, der tatsächlich am 25. Juli 1934 als Kanzler von nationalsozialistischer Seite ausgesucht wurde, nämlich Dr. Rin-

⁴⁰ Bericht d. Division Brescia. National Archives Washinton, T-821/368/390/351.

⁴¹ ebenda; FN 40.

⁴² Hans Günther Seraphim, Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs, 1934/35 und 1939/40 Göttingen-Frankfurt-Berlin, 1956.

⁴³ Österr. Kriegsarchiv, österr. Gesandtschaft in Rom. Bericht d. Militärattachés, Zl. 199/34. Ferner: Erwin Steinböck, Die Verhandlungen zwischen dem nationalsozialistischen und jugoslawischen Stellen vor dem Juli-Putsch 1934, In: Österreich in Geschichte und Literatur, 12. Jg., Folge 10, Dez. 1968, S. 533.

telen. Der italienische Militärattaché in Wien, Oberst Fabbri, hat am 5. April 1934 mit seinem deutschen Kollegen, dem Generalleutnant Muff, ein Gespräch darüber geführt, ob man nicht unter Umständen Rintelen als Kanzler einsetzen könne, er sei ein Mann, dem man Vertrauen in Österreichs nationalen Kreisen schenke und der großes Verständnis besitze, er sei der geeignete Mann, die Interessen Deutschlands und Italiens in Österreich auszugleichen.⁴⁴ Am 25. Juli 1934 war diese Zentralfigur des Putschversuches eine Figur ohne Gewicht und die Ermordung des Bundeskanzlers Dr. Dollfuß hat Mussolini veranlaßt, Truppenbewegungen an der Grenze durchzuführen, die sofort durch jugoslawische Gegenaktionen beantwortet wurden. Kärnten schien Kriegsschauplatz werden zu können und die Kämpfe in Kärnten zeigten, daß Jugoslawien in seiner anti-österreichischen Haltung sich auf die deutsche Außenpolitik einstellte, denn die freundliche Behandlung der österreichischen SA-Einheiten aus Kärnten beim Grenzübertritt und ihre Unterbringung in dem berühmten Lager von Varasdin zeigten, daß hier unter Umständen die Bildung einer zweiten österreichischen Legion an der Südgrenze möglich gewesen wäre. Der österreichische Militärattaché meldete nicht nur die Belobung der italienischen Truppen für ihre rasche Aktion an den österreichischen Grenzen sondern der italienische Generalkonsul in Klagenfurt hatte dem Landeshauptmann die sofortige Intervention italienischer Truppen angeboten, was allerdings abgelehnt wurde.⁴⁵ In einem Memorandum des königlich-ungarischen Honved-Generalstabs, der übrigens sehr ägriert war über die rasche Marschbereitschaft der jugoslawischen Divisionen gegen Österreich, vom 8. August 1934, schlägt der Unterzeichnete des Memorandums seiner Regierung vor, für den Fall der Besetzung österreichischen Gebietes durch fremde Truppen doch dort einzumarschieren und das Burgenland zu besetzen.⁴⁶ Der neue österreichische Bundeskanzler, Dr. Schuschnigg, konnte natürlich nur das System der Römischen Protokolle und die außenpolitischen Richtlinien seines Vorgängers übernehmen, jedoch führt Morreale in seinen Notizen an, daß die beiden Männer schon bei ihrer ersten Begegnung sich nicht gut gesprochen hätten: Dem siegreichen Italien von Vittorio Veneto trat nun ein Vertreter des alten k. u. k. Österreich gegenüber und zwischen den beiden Männern ist es ja bekanntlich niemals mehr zu einer so engen persönlichen Bindung gekommen, wie sie zwischen Dollfuß und Mussolini

⁴⁴ National Archives, Washington, T-77, R 900, frame 652.770 f.

⁴⁵ Über die Behandlung der Flüchtlinge in Varasdin siehe auch Bokisch /Zirbs, Der österreichische Legionär, Wien 1940. Ferner: Bericht d. österr. Gesandtschaft in Rom v. 31. Aug. 1934, Kriegsarchiv Wien; ebenda Bericht Ortskommando Klagenfurt v. 3. Aug. 1934 an Abt. 1.

⁴⁶ Fotokopien Institut f. Zeitgeschichte d. Univ. Wien, Archiv. (Der Verf. ist Herrn Prof. Dr. Herbert Steiner f. d. Überlassung zu besonderem Dank verpflichtet).

bestanden haben mag. Schuschnigg hat sich bei der ersten Begegnung in Florenz am 21. August 1934 für die Hilfe Italiens bedankt, jedoch ein Überschreiten der Brenner-Grenze durch italienische Truppen in Ernstfall als innenpolitisch für Österreich völlig untragbar bezeichnet.⁴⁷

Zu Ende des Jahres 1934 muß auch auf eine sehr schwerwiegende Verwicklung der österreichischen Außenpolitik eingegangen werden, nämlich die Vorbereitungen des Mordes an König Alexander I. Vorbereitungen der Ustascha-Bewegung sind seit Jahren über österreichisches Gebiet gegangen; am 8. Februar 1933 hatte der österreichische Konsul in Triest gemeldet, es ginge über kroatische Gruppen unter Sarkotić und Percević ein Netz von Verschwörungsaktionen via Österreich nach Ungarn. Es war also klar, daß Jugoslawien noch mißtrauischer die Römerpaktstaaten beurteilte und sich mehr und mehr Deutschland zu nähern begann. Die österreichische Unabhängigkeit ließ sich natürlich trotz der feierlichen Deklaration vom 27. September 1934 und der Stresaer Konferenzbeschlüsse (14. April 1935), nur in einer friedlichen Entwicklung denken. Bei den Verhandlungen in Stresa hatte Mussolini ausdrücklich darauf hingewiesen, daß eine Ausdehnung des Deutschen Reiches bis an die italienischen Grenzen, also der Anschluß, aus militärischen Gründen von Italien nicht zu fürchten wäre. Es sei aber wichtiger und das Wesentlichste, daß die österreichische Unabhängigkeit in Zukunft den Drang Deutschlands nach dem Osten und damit die Wiederaufnahme des Vormarsches über Konstantinopel und Belgrad verhindere.

In dieser Phase, ist zum ersten Mal in den Akten ein konkreter Hinweis auf ein eventuelles Interesse der französischen Regierung zu verzeichnen, Österreich für den Fall eines Zusammenstoßes von Frankreich aus konkret zu unterstützen. Am 21. März 1936 hat der französische Militärattaché dem späteren Chef des Generalstabs, Feldmarschalleutnant Jansa mitteilen lassen, daß Frankreich bereit wäre, die Aufrüstung Österreichs zu unterstützen, sowohl mit Flugzeugen als auch mit Panzern. Voraussetzung für eine solche Hilfe wäre eine Regierungserklärung, daß »Österreich in einer europäischen Konflagration unbedingt neutral bleiben wird und für die Durchführung dieses Entschlusses auch bereit ist, seine Grenzen gegen Deutschland mit aller Kraft zu verteidigen, falls sie angegriffen würden. Eine solche Neutralitätserklärung würde genügen.« Ferner verlangte der französische Gesprächspartner, daß beide Generalstäbe in Besprechungen einzutreten hätten.

Nach diesem Gespräch hat Jansa dann ein Memorandum vorgelegt und darauf hingewiesen, »das Maximum, worauf eingegangen werden könnte, wäre die Orientierung des französischen Generalstabs über die geplante Verwendung des Materials. Eine französische Militärmission in Österreich oder eine Unterordnung unter

⁴⁷ Kurt v. Schuschnigg, Ein Requiem in Rot-Weiß-Rot, Zürich 1946, S. 233.

den französischen Generalstab wäre — als mit der Neutralität in Widerspruch — unbedingt abzulehnen. So etwas ist weder für das Heer noch die Bevölkerung tragbar.« »Der außenpolitische Grundzug: Nichts gegen Deutschland, aber alles zur eigenen Sicherung, müßte scharf aufrecht erhalten und in der Propaganda immer wiederum betont werden aus der Überzeugung heraus, daß nur ein starkes, voll gerüstetes Österreich in Deutschland Achtung und daher Frieden mit ihm finden wird.«⁴⁸ Das Abkommen vom 11. Juli 1936 ist bekanntlich der Wendepunkt der österreichischen Außenpolitik gewesen, wenn es auch damals Hornbostel gelang, durch die Formel der Unterstützung der deutschen Außenpolitik in «friedlicher» Hinsicht eine Kettung an Berlin zu verhindern. Es ist doch zu bemerken, daß am 12. August 1936 Mussolini dem ihm so sympathischen österreichischen Militärattaché, Oberst Dr. Emil Liebitzky, eine Warnung zukommen ließ. Mussolini sah die europäische Krise für das Jahr 1938 voraus, weil Deutschland die Ostfragen regeln würde. Österreich müsse seine Rüstungen auf ein Heer von 20 Divisionen verstärken, um im Jahre 1938 »Politik machen zu können«.⁴⁹

Eine besondere Schwenkung der italienischen Politik trat aber im Jahre 1937 ein, als in massivster Form von deutscher Seite der Druck auf Österreich auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Heeresangleichung erhöht wurde und gleichzeitig immer wieder die Schwächung der italienischen Position gegenüber Österreich hervortrat. Bei seinem Besuch in Rom am 16. Jänner 1937 brachte Göring, der sich aus wirtschaftspolitischen Gründen in seiner Eigenschaft als Chef des Vier-Jahres-Planes mehr und mehr federführend in der Österreich-Frage fühlte, brutal die Möglichkeit einer Kompensation gegenüber Italien zur Sprache. Aus einer Aufzeichnung des deutschen Botschafters in Rom, Ulrich von Hassel, vom 16. Jänner 1937 ist das Gesprächsprogramm zu ersehen, das Generaloberst Göring für seine Unterredung mit Mussolini vorhatte: a) Österreich müsse einmal Deutschland zufallen, b) bezüglich der Brenner-Grenze müsse man der deutsch-italienischen Freundschaft jede Sicherheit geben, »und zwar sogar in dem Grade, daß er (Göring) auch das Deutschtum in Südtirol opfern würde«.⁵⁰ Die deutsche Politik brachte zu diesen verlockenden Angeboten auch noch die sogenannte Habsburger-Frage ins Spiel, deren Komplex sich mit Befürchtungen anderer Staaten gegenüber Österreich, vor allem Jugoslawiens, als besonders gefährlich erweisen sollte. Mussolini war

⁴⁸ NPA, Zl. 36. 743-13/36, Bundeskanzleramt. »Französische Anföhlung bezüglich militärischer Materiallieferungen.«

⁴⁹ Ludwig Jedlicka, Mussolini und Österreich 1936, in: Österr. in Gesch. u. Literatur, Jg. 1962, S. 415 bis 418.

⁵⁰ A. v. Reiszitz, Die politische Entwicklung Jugoslawiens zwischen den Weltkriegen. In: Osteuropa-Handbuch. Jugoslawien. Hrsg. Werner Markert. Köln-Graz 1954, S. 95 ff.

im Jänner 1937 offenkundig noch nicht entschlossen, Österreich ganz fallen zu lassen, aber immerhin ist aus einem Aktenvermerk des deutschen Botschafters in Rom vom 30. Jänner 1937, den er an Göring richtete, zu ersehen, wie weit bereits die Aushöhlung der Schutzstellung Italiens gegenüber Österreich gelungen war.

»... volle Einigkeit bestände in der Habsburger-Frage; das Abkommen vom 11. Juli werde auch von deutscher Seite als bestehend anerkannt und italienischerseits werde man in Wien den eigenen Einfluß für eine unbedingte loyale und genaue Erfüllung des Abkommens durch die österreichische Regierung einsetzen. Besonders wichtig sei aber gewesen, daß Sie klar zum Ausdruck gebracht hätten, im Rahmen eines deutsch-italienischen Freundschaftsverhältnisses würde irgendein deutsches Vorgehen in der österreichischen Frage, das auf eine Änderung des gegenwärtigen Zustandes gerichtet sei, nur in Fühlung mit Rom stattfinden. Ich fügte dem hinzu, daß wir unsererseits annehmen, vor einer Wiederholung des damaligen Zusammenspiels Italiens mit anderen Mächten (»Wacht am Brenner«) sicher zu sein...«⁵¹

1937 hatte aber auch jedwede Einwendung Jugoslawiens gegenüber einem eventuellen Anschluß ein Ende gefunden. Allein die Tatsache, daß Deutschland wirtschaftlich in immer stärkerem Ausmaß Jugoslawien unterstützte, und andererseits die Regierung Stojadinović auf der Belgrader April-Konferenz 1937 sich gegen die Einbeziehung Jugoslawiens in ein Bündnis-System, in dem auch die UdSSR beteiligt war (Bündnis UdSSR-CSR 1935) aussprach, und somit innerhalb der Kleinen Entente eine Sonderstellung einnahm, war alarmierend. Gleichzeitig hatte der am 25. Mai 1937 mit Italien abgeschlossene Versöhnungsvertrag Erleichterungen für die südslawischen Minderheiten auf italienischem Boden mit sich gebracht und der italienisch-jugoslawische Gegensatz, der jahrzehntelang an der Südostflanke Österreichs geschwelt hatte, war beendet.⁵² Der österreichische Botschafter in Belgrad berichtete schon 1937 von einer dauernden Abkühlung des österreichisch-jugoslawischen Verhältnisses und stellte fest, daß die ausschließlich auf Deutschland ausgerichtete Politik von Stojadinovic bei einer Wahl zwischen einer Restauration der Habsburger — ein immer wieder von den jugoslawischen Staatsmännern befürchtetes Ereignis, — und dem Anschluß Österreichs an Deutschland letzterem den Vorzug geben würde.⁵³

⁵¹ Lothar Wimmer, Österreich und Jugoslawien, 1937—1938. Wien 1965, S. 98.

⁵² A. v. Reiswitz, Die politische Entwicklung Jugoslawiens zwischen den Weltkriegen. In: Osteuropa-Handbuch. Jugoslawien. Hrsg. v. Werner Markert. Köln-Graz 1954. S. 95 ff.

⁵³ Lothar Wimmer, Österreich und Jugoslawien, 1937—1938. Wien 1965, S. 98.

Auch die ungarische Politik nahm eine Schwenkung vor, die für die österreichische Position von größter Bedeutung war. Ungarn fühlte sich in seiner ständigen Forderung nach einer Revision der Grenzen zwar nicht mehr von der deutschen Regierung so unterstützt wie dies noch um 1930 der Fall war, und die jugoslawisch-deutsche Annäherung bedeutete für das ungarische Revisionsprogramm eine heftige Enttäuschung. Andererseits darf nicht übersehen werden, daß Ungarn bei einer eventuellen Änderung der österreichischen Politik in Richtung der Tschechoslowakei, wie man dies immer wiederum in Budapest befürchtete, in eine äußerst bedrohliche militärische Situation geraten konnte und somit alles daran setzte, Österreich im Verband des Paktes von Rom festzuhalten. Dies gilt nicht nur für die außenpolitischen Tastversuche, die Bundeskanzler Dr. Kurt v. Schuschnigg 1937 gegenüber der Tschechoslowakei durch seine bekannten Gespräche mit dem Ministerpräsidenten Hodza durchführte, sondern es beobachtete auch die ungarische Politik mißtrauisch jeden Demokratisierungsversuch des autoritären Regimes in Österreich und war besonders besorgt, daß es unter Umständen zu einer Heranziehung der Sozialdemokraten in Österreich kommen könnte. Hier traf man sich mit geheimen Befürchtungen Italiens, das die Begriffe »Restauration in Österreich«, »Volksfrontregierung« oder eine Anlehnung an die Achse Prag-Paris-Moskau gegenüber den ungarischen Staatsmännern als unmittelbaren Anlaß eines Fallenlassens Österreich mehrfach zitierte.⁵⁴ Darüber hinaus gab es aber für die ungarische Politik für den Fall eines Zusammenstoßes im Donaauraum noch eine Reihe versteckter Ziele, die sich aus den immer deutlicher werdenden Absichten Deutschlands zur Zertrümmerung der Tschechoslowakei ableiten ließen. Der ungarische Gesandte in Wien, von Rudnay, berichtete am 28. Mai 1937 über ein Gespräch mit dem deutschen Botschafter von Papen bezüglich der Lage in Österreich abschließend:

»Schließlich verwies Papen auch auf die Tschechoslowakei, deren Aufteilung einer der Pläne der deutschen Regierung sei. Und er fügte hinzu: 'Die Tschechoslowakei kann nicht bleiben: ich denke, daß ein durchgreifender Entschluß bei günstiger internationaler Lage auch Österreich gegenüber wird gefaßt werden müssen.' Sofern die internationale Lage eine Konstellation zeigt, in der die Deutschen wagen würden, aktiv gegen Österreich aufzutreten, sollten wir uns, meiner bescheidenen Meinung nach, schon vorher darauf vorbereiten und zwar derart, daß dies nicht zur Eingliederung, sondern zur Aufteilung Österreichs führen sollte und deshalb müßten wir schon jetzt diplomatisch manövrieren, um zu erreichen,

⁵⁴ Siehe die Aufzeichnungen über die Besprechung zwischen dem italienischen Außenminister Ciano und den ungarischen Politikern Ministerpr. Derányi und Außenminister Kánya am 20. u. 21. Mai 1937 in Budapest. Abgedr. in: Allianz Hitler-Horthy-Mussolini. Dokumente zur ungarischen Außenpolitik 1933—1944. Budapest 1966.

daß wir bei dieser Gelegenheit unsere Westgrenze wiederherstellen könnten und Südkärnten ein Tauschobjekt für die Bácsa sein könnte.«⁵⁵

Besonders heikel aber gestalteten sich die österreichisch-tschechoslowakischen Beziehungen, weil sie, belastet durch die Abneigung von Dr. Edvard Benesch gegen das alte Österreich auch in der entscheidenden Phase vor 1938 nicht ohne Spannungen waren. Allein die Tatsache, daß Österreich dem revisionistischen Ungarn durch den Römer-Pakt verbunden war, erhöhte das Mißtrauen gegen Wien, dessen autoritäre Regierung seit 1933 in der Prager Presse nicht gerade die beste Stimmung fand. Dazu kam immer mehr das sudeten-deutsche Problem, dessen Schatten auch die österreichische Innenpolitik beeinflussten.

Mit der Einstellung der Tschechoslowakei zu Österreich und einem eventuellen Entgegenkommen der Prager Staatsmänner gegenüber den Plänen des österreichischen Bundeskanzlers, durch eine stärkere Bindung an Prag die Hilfe Frankreichs zu erlangen, hing aber auch die Einstellung jener östlichen Macht zusammen, die in der Entwicklung der Österreich-Frage im Jahre 1938 eine nicht unerhebliche Rolle im Hintergrund spielte, nämlich Polen. Die polnische Außenpolitik war seit dem Abschluß der polnisch-deutschen Nichtangriffserklärung vom 26. Jänner 1934 bestrebt, Expansionsbestrebungen Hitlers umzulenken, da man nicht zu unrecht vermutete, daß Hitler als gebürtiger Österreicher den Anschluß unter allen Umständen anstreben würde. Weder Piłsudski noch Außenminister Beck waren daran interessiert, Österreich allzu nahe dem System der Kleinen Entente zu sehen, denn dann hätte sich unter Umständen bei dem Eingreifen der Sowjetunion via Prag die Frage der Durchmarschmöglichkeit russischer Truppen über polnisches Gebiet ergeben, ganz abgesehen von den dauernden Spannungen zwischen Polen und der Tschechoslowakei, die sich aus der unbefriedigenden Grenzziehung nach dem Ersten Weltkrieg ergaben. So verfolgte Polen seit dem Jahre 1934 die Entwicklung des deutsch-österreichischen Verhältnisses mit Ruhe und großem Interesse, jedoch bestand zwischen dem deutschen Gesandten in Wien, von Papen, und dem polnischen Gesandten Jan Gawronski eine enge Zusammenarbeit, die bis zum Austausch diplomatischer Nachrichten ging. Außenminister Beck war schon 1934 überzeugt, daß Frankreich um Österreich willen keinen Krieg führen werde. 1938 ging es der polnischen Politik nur mehr darum, festzustellen, in welcher Reihenfolge Hitler im Osten vorgehen würde. Beck erfuhr sogar bei seinem Besuch am 14. Jänner 1938 bei Hitler die Abfolge: nämlich Österreich in erster Linie und

⁵⁵ Akten des ungarischen Ministeriums des Äußeren zur Vorgeschichte der Annexion Österreichs. (Kopie im Dokumentationsarchiv des Österr. Widerstandes, Wien).

dann erst die Tschechoslowakei.⁵⁶ Die polnischen Politiker waren übrigens auch überzeugt, daß im Falle eines Angriffs Deutschlands auf die Tschechoslowakei Frankreich keinerlei Bündnishilfe leisten würde.

Damit war Österreich am Vorabend der Entscheidungen außenpolitisch praktisch isoliert, denn die beiden westlichen Großmächte, Frankreich und Großbritannien, hingen von der Bereitwilligkeit der größeren und kleineren Mächte, die Österreich zu Hilfe kommen hätten können, weitgehend ab.

Angesichts der von der deutschen Politik erkannten Isolierung Österreichs nimmt es nicht wunder, daß der Druck auf der diplomatischen und wirtschaftlichen Ebene im Jahre 1937 von seiten der Reichsregierung erheblich gesteigert wurde. Ein Mitbeweggrund dieser raschen »Eskalation« waren sehr starke wirtschaftliche Motive, die sich aus der gesteigerten Aufrüstung Deutschlands ergaben, deren Engpässe gerade 1937 auf dem Rohstoff und den Devisensektor besonders hervortraten. Daher war das Österreich-Problem gerade für Hermann Göring, der den Vier-Jahres-Plan voranzutreiben versuchte, nicht nur ein politisches »Herzenseinliegen«, sondern eine eminente wirtschaftspolitische Aufgabe. Gelang es, Österreich zu gewinnen und seine Rohstoffe, Geldvorräte, Devisen und vor allem unbeschäftigte Arbeitslosenmassen neben dem Wehrpotential des österreichischen Bundesheeres Deutschland einzugliedern, so war eine gefährliche Lücke geschlossen. Tatsächlich sind diese Pläne schon längst vor 1938 vorbereitet worden, wie neueste Untersuchungen erweisen.⁵⁷ Anlässlich der Gespräche, die der deutsche Außenminister, Freiherr von Neurath, vom 22. bis 23. Februar 1937 in Wien führte, kamen diese Motive mit zum Durchbruch, wobei der österreichische Bundeskanzler unter Betonung der Erhaltung der Selbständigkeit des österreichischen Staates bereit war, auf dem Gebiet der Handelspolitik und Rechtsangleichung entgegenzukommen; ebenso wurde über die Gewährung von Krediten durch Österreich zwecks Abdeckung der sogenannten Clearingspitze gesprochen.⁵⁸ Die gleichen Motive kamen zum Durchbruch bei den Gesprächen, die der österreichische Staatssekretär Dr. Guido Schmidt mit Göring führte, und in dem Brief vom 11. November 1937 an Schmidt formulierte der deutsche Politiker ganz klar das Forderungsprogramm, welches nun in verschiedensten Variationen immer mehr gesteigert an Österreich herangetragen wurde: unbedingtes Zusammengehen in der Außenpolitik, Zusammenarbeit der beiden Streitkräfte mit dem schließlichen Ziel einer Art Militärkonvention, Beseitigung aller Schwierigkeiten des Ex- und Importes mit dem Endziel

⁵⁶ Hans Roos, *Polen und Europa. Studien zur polnischen Außenpolitik 1931—1939*, Tübingen 1957, S. 194 ff, S. 278 f.

⁵⁷ Norbert Schausberger, *Geschichte der Rüstungsindustrie auf dem Gebiet d. sog. Donau- u. Alpenreichsgaue 1938—45*. Phil. D. Wien 1967.

⁵⁸ AdAP, Serie D, Bd. I, S. 329.

einer Zoll- und Währungsunion sowie Freiheit für das Bekenntnis von Österreichern zum Nationalsozialismus. Diese Grundtendenzen der deutschen Außenpolitik wurden 1937 in mehr oder minder versteckter Form immer wieder vorgebracht, bis der Besuch Mussolinis im September die Lage wesentlich verschärfte.

Ende 1937 erreichten auch Meldungen des österreichischen Generalkonsuls in München Wien, wonach neuerlich mit einer Mobilisierung der Österreichischen Legion und einem Einfall in Österreich zu rechnen sei.⁵⁹

Es ist sicher, daß aus dem sogenannten »Hossbach-Protokoll« vom 5. November 1937 die Tschechoslowakei- und Österreichplanungen Hitlers hervorgingen, wobei er selbst auf die »zunehmende Konsolidierung der inneren Werte der österreichischen Armee« im Laufe der Jahre hinwies und vor allem auch die Verteidigungsmaßnahmen der Tschechoslowakei in Rechnung stellte. Die deutsche Staatskrise, die sich aus dem hier nicht näher zu behandelnden Komplex der Ablösung Blombergs und Fritschs ergab, schlug für Hitler auf der politischen Ebene zum Guten aus, da niemand die vorübergehende Schwächung der Wehrmachtsspitze richtig erkannte, am wenigsten die österreichische Regierung. Im Gegenteil, die drohenden Töne aus Berlin mehrten sich und zum ersten Mal wurde schon am 17. November 1937 mit dem oberösterreichischen Sicherheitsdirektor und prominenten Heimwehrführer Grafen Peter Revertera bei einer Aussprache mit Hermann Göring die Grenzschutzmaßnahmen des österreichischen Bundesheeres zur Sprache gebracht, wobei Göring großsprecherisch darauf hinwies, daß ein Armeekorps genügen würde, um in Österreich »reinen Tisch zu machen« und mit einem ernstlichen Widerstand nicht zu rechnen sei.⁶⁰ Die verschärfte Lage kam auch in der Intensivierung des deutschen Nachrichtendienstes gegenüber Österreich zum Ausdruck, dessen Akten teilweise erhalten sind. Hauptsächlich wurde die »Abwehr«—Arbeit gegen Österreich durch den Militärattaché in Wien, Generalleutnant Wolfgang Muff, gesteuert, der selbst seinen Berichten oft Originalbefehle des österreichischen Bundesheeres beischloß. Die deutsche Agententätigkeit dürfte sich bis weit hinein in die Truppen und Stäbe des österreichischen Bundesheeres erstreckt haben und umfaßte folgende Schwerpunkte: Befestigungsanlagen, politische Stimmung des Offizierkorps, totale Mobilisierungsmaßnahmen, Zusammenarbeit zwischen Frontmiliz und Bundesheer sowie deren gemeinsame Maßnahmen.⁶¹ Die spürbare Erhitzung der Situation kam auch zum Ausdruck auf dem politischen Sektor, umso mehr als der als

⁵⁹ Der Hochverratsprozeß gegen Dr. Guido Schmidt vor dem Wiener Volksgericht. Wien 1947, S. 498.

⁶⁰ Schmidt-Prozess, a.a.O., S. 293 ff. (Aussage Revertera).

⁶¹ Die militärischen Geheimerichte über Österreich sind enthalten in dem amerikanischen Mikروفilm, National Archives Washington, T 78 Roll 457, frame 6, 434.660 ff.

Mittelsmann zur sogenannten nationalen Opposition fungierende Staatsrat Dr. Seyss-Inquart wegen der angeblichen Nichteinhaltung des Vertrages vom 11. Juli 1936 mit dem Rücktritt drohte⁶² und durch den Zugriff der österreichischen Polizeibehörden in Wien im Büro der illegalen NSDAP ein Aktionsprogramm für das Jahr 1938 — der sogenannte Tavs-Plan — aufgefunden wurde.⁶³

Aus den dauernden Friktionen mit der immer aktiver werdenden deutschen Außenpolitik erklärte sich auch die Bereitschaft des österreichischen Bundeskanzlers zu einer Aussprache mit Hitler, wobei die verschiedensten deutschen Kräfte, vor allem aber Göring, darauf drängten und das wirtschaftliche Moment immer stärker in Erscheinung trat, wie man aus einem Bericht des SS-Gruppenführers Keppler an den neuernannten Außenminister von Ribbentrop vom 7. Februar 1938 ersehen kann, in welchem im Nachsatz besonders darauf hingewiesen wurde, daß die »Erschließung der Naturkräfte und Bodenschätze Österreichs erst möglich ist, wenn eine Währungsunion zur Durchführung gekommen ist.«⁶⁴ Schon zwei Tage später berichtet derselbe Funktionär ausführlich über die Projekte, die man beim Fallen der Währungsgrenzen mit Österreich vorhabe und erwähnt dabei besonders die Bedeutung der künftigen Kraftwerksbauten. Am 12. Februar 1938 wurden bei der Besprechung auf dem Berghof dem österreichischen Bundeskanzler von Hitler Forderungen gestellt, die in mehr oder minder deutlicher Form schon seit Monaten durch die verschiedensten Kanäle an den Bundeskanzler herangetragen worden waren. Die Konsequenzen aus dem Berchtesgadener Abkommen für Österreich enthielten gerade auf dem militärischen Gebiet sehr einschneidende Maßnahmen. Nicht nur wurde die Ersetzung des Chefs des Generalstabs, Fmlt. Jansa, sondern auch ein planmäßiger Offiziersaustausch, regelmäßige Besprechungen der Generalstäbe und die Aufhebung von Diskriminierungen österreichischer Nationalsozialisten im Heeresdienst gefordert und zugestanden. Auch die in Punkt II/1 des Protokolls geforderte Ausrichtung der österreichischen Außenpolitik auf die deutsche zeigte, wie weit das Entgegenkommen Österreichs sein mußte, umsomehr als auch auf dem Sektor der Wirtschaftsangleichung durch die geplante Einsetzung von Dr. Fischböck die Maßnahmen, die Göring immer gefordert hatte, ihren Ausgang nehmen sollten.⁶⁵

Zu den oft leidenschaftlich erörterten Problemen der österreichischen Zeitgeschichte gehört die Frage nach dem möglichen Widerstand des österreichischen Bundesheeres im Jahre 1938. Viele Argumente, die in den Diskussionen vorgebracht wurden, gehen an der Tatsache vorbei, die Kräfteverhältnisse richtig einzuschätzen und die militärische Situation Österreichs bei einer möglichen Hilfeleis-

⁶² AdAP, Serie D, Bd. I, S. 402.

⁶³ AdAP, Serie D, Bd. I, S. 404/405.

⁶⁴ AdAP, Serie D, Bd. I, S. 412.

⁶⁵ AdAP, Serie D, Bd. I, S. 423 f. (Protokolltext).

tung im Frühjahr 1938 entsprechend zu bewerten. In der bedrohlichen Lage seit dem 12. Februar 1938 hat lediglich Italien noch einige kaum merkbare Schwankungen vorgenommen, wie man aus dem Tagebuch des Grafen Ciano entnehmen kann. Hitler war sich bis zum letzten Moment, als ihm durch die Ankündigung der österreichischen Volksbefragung gewissermaßen die Karte in die Hand gespielt wurde, darüber unklar, ob nicht doch Italien im letzten Moment das Spiel von 1934 wiederholen könnte. In den ersten grundlegenden Befehlen zum Einmarsch nach Österreich befinden sich daher auch noch Hinweise auf ein eventuelles italienisches Eingreifen in Österreich. Welche Maßnahmen von österreichischer Seite grundsätzlich vorbereitet waren, geht aus einer Untersuchung des wohl besten Kenners der Organisationsgeschichte des österreichischen Bundesheeres hervor.⁶⁶

Die zunehmende Spannung um Österreich erreichte am 4. März ihren Höhepunkt, da sich auch die Lage immer mehr verschärfte und angesichts eines Besuches von SS-Gruppenführer Keppler der Druck verstärkt wurde. In einer Unterredung mit dem österreichischen Außenminister Dr. Guido Schmidt und Bundeskanzler Dr. Schuschnigg die »stürmisch« verlief, glaubte der Beauftragte Hitlers in seinem Bericht darauf hinweisen zu können, daß »ein Einsatz des Militärs und der Exekutive gegen die Partei (NSDAP) nicht mehr möglich sein wird«. Er bemerkte aber auch: »Scheinbar ist ein großer Zulauf von seiten der Arbeiterschaft da, obgleich Kommunisten und Gewerkschaften und Radikale der Vaterländischen Front eine Volksfront zu mobilisieren suchen.«⁶⁷

Um den 4. März kamen auf dem Weg des deutschen Militärattachés in Wien die ersten Nachrichten von einer geplanten Volksbefragung nach Berlin und damit wurde die Endphase der österreichischen Krise ausgelöst.

Die politischen und militärischen Auswirkungen nach der Bekanntgabe der Volksbefragung in Österreich durch Bundeskanzler Dr. Schuschnigg bei der Kundgebung in Innsbruck und der endgültigen Maßnahmen der deutschen Reichsregierung lassen sich von österreichischer Seite aus verschiedenen Quellenbeständen ablesen. Mit großer Besorgnis berichtete etwa der Landesstatthalter von Oberösterreich, Wenninger, der sich eifrigst bemühte, den Fürsten Starhemberg und den Heimatschutz für eine politische Aktivität in Österreich zu gewinnen, in einem vertraulichen Brief an Starhemberg vom 8. März:

»Morgen abend 9 Uhr wird verlautbart, daß Sonntag den 13. März eine Volksbefragung stattfindet. Parole: Sind Sie für ein freies unabhängiges, deutsches, christliches, soziales, ständisch gegliedertes

⁶⁶ Prof. Dr. Erwin Steinböck, Überlegungen d. österr. Bundesheeres über Mobilmachung und Aufmarsch im Jahre 1938. In: Die Allgemein Bildende Höhere Schule, 16. Jg., Wien Februar 1967, Nr. 2, S. 43 ff.

⁶⁷ AdAP, Serie D, Bd. I, S. 458 f.

Österreich? Seyss weiß nichts davon und soll überrascht werden. Der Kanzler hat die Sache am Montag mit den Landeshauptleuten besprochen. Ich habe, als mir Gleissner davon Mitteilung machte, sofort die allerschwersten Bedenken geltend gemacht, nicht wegen des Ausganges, denn ich glaube, daß wir eine Mehrheit erhalten werden, wenn auch vielleicht nicht sehr groß. Die Gefahr sehe ich darin, daß ich fürchte, daß Seyss auf Grund dieser hinterlistigen Vorgangsweise zurücktritt, dann haben wir innere Unruhen, die zur Einmischung Deutschlands führen werden. Die Beschleunigung ist deshalb erfolgt, damit die Volksbefragung vollzogen ist, bevor die Nat. Soz. in die Landesregierungen etc. einziehen. Der Kanzler glaubt, daß die Nat. Soz. dagegen nichts einwenden können, weil Hitler selbst ja wiederholt die Volksabstimmung in Österreich verlangte. Er glaubt auch, daß die Nat. Soz. gar nicht die Parole ausgeben werden, dagegen zu stimmen, weil sie dadurch bekunden würden, daß sie nicht für ein unabhängiges Österreich seien. Das ist alles möglich, aber die Tatasche, daß der Innenminister nicht vorher befragt wird in einer Sache, die vor allem sein Ressort betrifft bleibt bestehen und ich glaube nicht, daß Seyss dies hinnehmen kann. Dabei soll das Verhältnis zwischen dem Kanzler und Seyss ohnehin schon ziemlich gespannt sein.«⁶⁸

War man also in Kreisen, die der Regierung nahestanden, durchaus unsicher, wie sich angesichts der explosiven innenpolitischen Situation die Parole der Volksbefragung auswirken würde, so bewiesen andererseits auch die Anfragen im befreundeten Ausland, vor allem bei Mussolini, daß keinerlei Unterstützung zu erwarten war.⁶⁹

Am 11. März begann, eingeleitet durch eine Reihe von Ultimativen, Seyss-Inquarts, Glaise-Horstenaus sowie des deutschen Militärattachés in Wien, Generalleutnant Muff, der Endkampf um Österreich, zu dem Hitler entschlossen war, je mehr in Berlin die Gewißheit anstieg, daß keinerlei Interventionen, besonders nicht von seiten Italiens, erfolgen würden. Von Bedeutung war für die deutschen Maßnahmen, daß man eine politische Lösung in Kombination mit einer militärischen bevorzugte und vorerst den Druck auf die österreichische Bundesregierung durch militärische Drohungen, denen langsam auch militärische Vorbereitungen folgten, durchzuführen begann. Für den Einmarsch nach Österreich waren zwar Vorbereitungen getroffen worden, jedoch erwiesen sich diese als Improvisationen, da der allgemeine Plan des »Sonderfalles« (Otto) keineswegs ausreichte. Der spätere Generalfeldmarschall von Manstein gab als Zeuge vor dem Nürnberger Gerichtshof an:

»Die Mobilmachung der Korps beim Einmarsch in Österreich zeigte, daß alles noch keineswegs so weit war, daß man eine Mobilmachung wirklich vernünftig durchführen konnte. Wir hätten, wenn

⁶⁸ Archiv Starhemberg, Kopie Inst. f. Zeitgesch. Wien.

⁶⁹ Schmidt-Prozess, a.a.O., S. 223 u. S. 172.

es zu einem Krieg gekommen wäre, weder unsere Westgrenze noch die polnische Grenze wirksam verteidigen können und wären auch ganz zweifellos, wenn die Tschechoslowakei sich zur Wehr gesetzt hätte, an ihren Befestigungen hängen geblieben, denn wir hatten praktisch nicht die Mittel, sie zu durchbrechen.«⁷⁰

Eine wichtige Quelle für die improvisierten deutschen Maßnahmen, die auch erwiesen, wie Steinböck richtig festgestellt hat, daß erhebliche Schwierigkeiten bei der Besetzung Österreichs auftraten — eine Tatsache, die in der angelsächsischen Literatur immer wieder betont wurde —, ist der schon angeführte Einsatzbericht der 8. deutschen Armee, dessen Auswertung in militärischer Hinsicht demnächst von österreichischer Seite noch erfolgen soll. Die seit dem 11. März gegebenen Mobilisierungsbefehle Hitlers an die 8. Armee hatten als Ziel, das Donaubecken zwischen den Alpen und der tschechoslowakischen Grenze mit dem Fernziel von Wien zu besetzen, wobei man einen einheitlich geführten Widerstand des österreichischen Bundesheeres nicht erwartete, jedoch an der Grenze bei den Sperren mit einem solchen sehr wohl rechnete. »Weiter ist mit der Möglichkeit aktiven und passiven Widerstandes der verhetzten Arbeiterschaft in den Industriegebieten zu rechnen.« »Bewaffnetes Eingreifen der Masse der Nachbarstaaten Österreichs ist kaum zu erwarten; es wird umso unwahrscheinlicher je schneller sie vor vollendeten Tatsachen stehen.«⁷¹ Der Einsatz der Truppen konnte infolge verschiedenster Verzögerungen, vor allem durch das langsame Antreten der Panzerkräfte und das Fehlen von Betriebsstoffvorräten nur durch äußerste Maßnahmen beschleunigt werden. Eine Lösung der Lage ergab sich für die deutschen Befehlsstellen durch die inzwischen in der Nacht vom 11. auf den 12. März vollzogenen politischen Änderung in Österreich. Unter der Drohung des Einmarsches war die österreichische Bundesregierung umgebildet worden; der neue Bundeskanzler Dr. Seyss-Inquart hatte sich zunächst gegen jeden Einmarsch der deutschen Truppen gestäubt und das bekannte, in Nürnberg zitierte Telegramm nicht abgeschickt. Daher war es notwendig, das sogenannte »Hilfeleistungsansuchen« als gegeben anzunehmen.⁷²

Erst die Stellungnahme Mussolinis zu Hitlers Brief, worin Hitler den Brenner garantierte, gab den Ausschlag zu endgültigen militärischen Aktionen gegen Österreich.⁷³

Welche militärischen Maßnahmen wurden nun tatsächlich in den entscheidungsvollen Tagen zwischen dem 9. und 11. März von österreichischer Seite getroffen? Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die schon 1936/37 vorgeplanten Mobilisierungsmaßnahmen nicht

⁷⁰ Wolfgang Foerster, Generaloberst Ludwig Beck. München 1953, S. 84.

⁷¹ Einsatz d. 8. Armee, S. 4.

⁷² Heinz Holldack, Was wirklich geschah. München 1949, S. 323. Hier ist der Text der bekanntesten Telephonate zwischen Wien und Berlin abgedruckt.

⁷³ AdAP, Serie D, Bd. I, S. 468.

in Kraft traten, ja man sich nur auf sehr bescheidene, in letzter Stunde beschlossene Improvisationen beschränkte.

Im Verlaufe der politischen Ereignisse in Wien wurde um 20 Uhr am 11. März die Weisung erteilt, daß beim Einmarsch der deutschen Truppen »kein Schuss abzugeben sei« und sich die »eigenen Truppen nach Osten zurückzuziehen« hätten.⁷⁴ Damit waren aber schon die österreichischen Maßnahmen erschöpft. Auch die Vorbereitungen der Frontmiliz erwiesen sich als unwirksam und der Einmarsch der deutschen Truppen konnte reibungslos erfolgen. Der heute vorliegende Erfahrungsbericht der deutschen Kommandos weist darauf hin, daß »kein scharfer Schuss« fiel und zeigt darüber hinaus, daß sich erhebliche Schwierigkeiten, vor allem bei den Panzereinheiten, ergaben. Die beträchtliche Zahl der liegengebliebenen Kraftfahrzeuge, die Abnutzung auf dem Sektor des Nachrichtenwesens, die ungenügende Kooperation mit den nach Österreich einrückenden Polizei- und SS-Einheiten und die teilweise sehr skeptische Beurteilung der Brauchbarkeit der Reserveeinheiten in dem Erfahrungsbericht, den Generaloberst Beck am 18. Juli 1938 an dem Oberbefehlshaber des Heeres absandte, erweisen, daß das Einrücken nach Österreich keine sehr einfache Operation dargestellt hätte, wären nicht die diplomatischen und innenpolitischen Voraussetzungen außerordentlich günstig gewesen. In einem Rückblick auf die Vorbereitungsmaßnahmen für die Führung des Krieges hat während des Zweiten Weltkrieges am 7. November 1943 der Chef des deutschen Wehrmachtsführungsstabes, General Jodl, die primären strategischen und wirtschaftlichen Motive des Österreich-Anschlusses in einem Vortrag vor den Reichs- und Gauleitern dahingehend gekennzeichnet:

»Der Anschluß Österreichs brachte sodann nicht nur die Erfüllung eines alten nationalen Zieles, sondern wirkte sich neben der Stärkung unserer Wehrkraft zugleich durch eine wesentliche Verbesserung unserer strategischen Lage aus. Während bisher der tschechoslowakische Raum in bedrohlichster Form nach Deutschland hineinragte (Wespentaille zu Frankreich hin und Luftbasis für die Alliierten, besonders Rußland), war nunmehr die Tschechei ihrerseits in die Zange genommen. Ihre eigene strategische Lage war jetzt so ungünstig geworden, daß sie einem energischen Angriff zum Opfer fallen mußte, bevor wirksame Hilfe vom Westen her zu erwarten war.«⁷⁵

⁷⁴ KA Wien, 8162-Präs./38.

⁷⁵ Hans-Adolf Jacobsen, 1939—1945. Der Zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten. Darmstadt 1961. S. 434.